

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 03 7. Februar 1996

→ „Bund Freier Bürger“ im Wahlkampf Seite 2

Die Brunner-Partei unterstreicht ihre Kandidatur zu den Münchner Stadtratswahlen am 18. März mit aufwendiger Werbung.

→ Bewegung mit politischem Anspruch Seite 4

Die „Schweizer Hammer-Skins“ schulen ihre Mitglieder im „Kampf für Rasse und Nation“

→ Bereit zu einer neuen Rechtspartei? Seite 5

Durch „Runde Tische“ verstärken Rechtsextremisten aus verschiedenen Parteien ihre Bemühungen um eine bessere Zusammenarbeit.

→ Letzte Zeugen erinnern sich Seite 7

Ein Berliner Verlag hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Schicksale von noch lebenden Nazi-Opfern in Wort und Bild festzuhalten. Fünf Tonband- bzw. Videokassetten von Zeitzeugen, die ihre persönliche Geschichte erzählen, liegen bereits vor.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

„Bund Freier Bürger“ im Wahlkampf

Der „Bund Freier Bürger“ (BFB) des ehemaligen FDP-Politikers und EG-Eurokraten Manfred Brunner hat es doch geschafft, zur Münchner Stadtratswahl am 10. März d.J. zugelassen zu werden. Dies war bis zuletzt unsicher gewesen, sieht doch das neue bayerische Zulassungsgesetz, das nicht gerade den Geist demokratischer Souveränität und Liberalitas gegenüber kleineren politischen Gruppierungen atmet, vor, daß Parteien, die bisher noch nicht in Kommunalparlamenten vertreten sind, wesentlich mehr Unterstützerunterschriften vorlegen müssen als bisher. So scheiterten die PDS, Bayernpartei und andere Gruppierungen daran, die Hürde von 1.000 Unterschriften zu überspringen. Nur die „Rosa Liste“ und der BFB schaffte es, wobei die Brunner-Partei durch einen aufwendigen und spektakulären Wahlkampf auf sich aufmerksam machte.

Manfred Brunner ist zwar in München kein unbeschriebenes Blatt; schließlich saß er bis 1987 für die FDP 15 Jahre im Stadtrat, bevor er als Kabinettschef dem freidemokratischen EG-Kommissar Bangemann nach Brüssel folgte. Aber all die Jahre auf unbequemen Münchner Stadtratsstühlen und weichgepolsterten Brüsseler Fauteuils haben ihm nicht gerade die Aura eines rechten Volkstribuns verschafft, die jetzt nötig wäre, um das vom Siechtum der „Republikaner“ verunsicherte Wählerreservoir rechts der CSU für sich zu gewinnen. Da sind starke Sprüche gefragt, wie sie Brunners Vorbild, der österreichische Freiheitlichen-Chef Jörg Haider so virtuos einzusetzen vermag. Übrigens bereitet die Umbenennung der FPÖ in die „Freiheitlichen“ dem BFB Probleme. Das erfolgreiche österreichische Modell imitierend, wollte die Brunner-Partei mit dem Namenszusatz „Freiheitliche“ von der Popularität Haiders auch bei deutschen Rechten profitieren. Nur hatten die Parteistrategen übersehen, daß es hierzulande bereits eine Partei dieses Namens gibt, die auf derartige Konkurrenz nicht gut zu sprechen ist. Schließlich wollen die authentischen „Freiheitlichen“, eine Abspaltung von den „Republikanern“, die auch zur Münchner Stadtratswahl antreten wollten, aber mit gerade sechs Unterschriften jämmerlich scheiterten, das gleiche Zielpublikum erreichen, wie die

Brunner-Leute. Wahrscheinlich werden sich nun die Gerichte mit diesem Namensstreit auseinandersetzen müssen.

„Inländerfreundlichkeit“ als Thema

Aber das Hauptproblem des BFB ist einerseits seine bisher geringe Verankerung in rechtskonservativen bis offen rechtsextremen Kreisen und andererseits sein Ruf als Ein-Punkt-Partei, die sich in der Gegnerschaft zum Maastricht-Vertrag und damit verbunden dem Schüren von Ängsten vor einem Wertverlust der deutschen Währung kapriziert. Werbung tut also not. An dafür nötigen Finanzmitteln scheint es dem erfahrenen Wirtschaftslobbyisten Brunner jedenfalls nicht zu fehlen. BFB-Plakate sind im Münchner Stadtbild reichlich vertreten. Hauswurfsendungen und zwei ganzseitige Zeitungsinserate komplettieren das Bild eines ziemlich kosten- und personalaufwendigen Wahlkampfes. Auf diese Weise kommt fast jeder Münchner Bürger in den Genuß des BFB-Programms, das in 17 Punkten nicht nur die Anpflanzung neuer Straßenbäume und die Ausgestaltung der Isar zu einem Gebirgsfluß fordert, sondern eben auch die „Verhinderung von asylbezogenem Sozialmißbrauch“. Ein eigener Punkt befaßt sich ausschließlich mit dem Thema „Wir verpflichten uns zur Inländerfreundlichkeit“ (sic!). Außer diesem Freudschen Verschreiber wird dort zum Besten gegeben: „... lehnen wir auch in der Kommunalpolitik eine als sogenannte ‘politisch korrekte’ Ausländerfreundlichkeit getarnte Inländerfeindlichkeit ab.“ Und: „Rechtmäßig und rechtstreu lebende Ausländer werden wir gerne im Stadtrat vertreten, aber im eigenen und deren Interesse lehnen wir jede weitere Erhöhung des Ausländeranteils ab.“ Das kommt an bei rechts und ganz rechts. Schließlich will die Brunner-Mannschaft nicht nur der CSU Stimmen abjagen, sondern auch in den Jagdgründen der angeschlagenen „Republikaner“ wildern.

Durch spektakuläre Veranstaltungen gelang es schließlich Brunner, im recht müden Münchner Wahlkampf Akzente zu setzen und über Wochen hinweg die lokalen Zeitungen zu beschäftigen und so für sich zu nutzen. Für das Spektakel sorgte weniger Brunner, der - ohnehin ein eher farbloser Zeitgenosse - mehr als Moderator agierte, sondern seine Gastredner. Peter Glotz (SPD) lehnte zwar eine Einladung zu einer Veranstaltung ab, nicht aber Kreisverwaltungsreferent Hans-Peter Uhl

(CSU) und Polizeipräsident Koller (CSU). Beide ignorierten mit ihrem Auftritt die beamtenrechtlichen Bedenken ihrer Dienstvorgesetzten, Oberbürgermeister Ude (SPD) bzw. Innenminister Beckstein (CSU). So traten sie nicht als hohe Beamte, sondern als Privatpersonen in den Ring, ohne zu versäumen, dies werbewirksam auszukosten. Vor allem Brunner-Freund Uhl enttäuschte seinen Auftraggeber nicht. Mit markigen Sprüchen heizte er immer wieder die Stimmung uner den etwa 800 Besuchern an. „Je exotischer

und unnormaler eine Minderheit ist, umso größer ist der Steuerbetrag, den sie bekommt.“ In ähnlicher Manier attackierte er noch Ausländer, Obdachlose und Drogenabhängige und konnte sich dabei des z.T. grölenden Beifalls eines zunehmend alkoholisierten Publikums sicher sein. Der Beifall in seiner eigenen Partei dürfte wesentlich distanzierter ausfallen. Zwar könnte die CSU durchaus mit dem BFB koalieren, aber Stimmen zu verschenken kann sie sich auch nicht leisten.

Dieter Adam

KOMMENTAR

Wasser auf rechte Mühlen

Nachdem die Ermittlungsbehörden einen Tatangriff von Außen als Ursache für den Tod von 10 Bewohnern des Lübecker Flüchtlingsheimes ausgeschlossen haben, konzentrierte sich das öffentliche Interesse auf den Tatangriff von Innen. Das hat öffentliche Beileidsbekundungen und Schweigemärsche nicht verstummen lassen. Und das war gut so, denn die spontanen Mahnwachen und Umzüge waren von dem Mißtrauen begleitet, sie könnten weniger mit Blick auf die (ausländischen) Opfer als wegen der vermuteten Täterschaft von (inländischen, rechtsextremen) Jugendlichen veranstaltet worden sein. Dieser Verdacht ist genommen worden. Trotzdem, darin ist dem Altbundespräsidenten von Weizsäcker und dem früheren SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel zuzustimmen, ist das deutsche Volk nicht pauschal entlastet, weil der Täter ein Ausländer ist. Wir müssen vielmehr weiter an einem gedeihlichen Miteinander mit den Ausländern hierzulande arbeiten.

Ausgesprochen ärgerlich hingegen ist die Art und Weise der Behandlung des Lübecker Vorfalles in den Medien. Denn kaum war nur ein vager Anfangsverdacht gegen drei oder vier Jugendliche mitgeteilt worden, wurde ein inzwischen fast ritualisierter Ablauf der „Berichterstatte“ abgespult. Wie wohl man

sich gegen jede Art der Vorverurteilung verwahrte, schien das Ergebnis festzustehen: mit Empörung in der Stimme blickte der Moderator in die Kamera; die Politiker wurden zitiert, die bereits genau wußten, was alles schiefgelaufen war; nicht zu vergessen der obligate deutsche Professor, der sachkundig mitteilte, was diesen vermeintlich tatverdächtigen Jugendlichen und den Jugendlichen überhaupt in Deutschland fehlt. Ganz abgesehen davon, daß hier schlechter journalistischer Stil demonstriert wird, dient eine solche voreingenommen wirkende Berichterstattung nicht der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Dies gilt in zweifacher Hinsicht: Zum einen mobilisiert man diejenigen, die schon immer überzeugt waren, der Rechtsextremismus sei gar nicht so schlimm, wie er in den Medien dargestellt wird, hat sich doch nachträglich (wieder einmal) die Fehlerhaftigkeit des Tatverdacht gegen Rechtsextremisten herausgestellt. Wenn gleichzeitig bekannt wird, daß gewinnsüchtige Journalisten gefälschte Berichte über Treffen produzieren, die den Anstalten für teures Geld, weil sie so begehrt sind, angeboten werden, dann verstärkt sich ein solches Urteil. Zu den journalistischen Mißgriffen gehört es dann auch, wie sich die Medien auf das Dorf gestürzt haben, aus dem die letztlich exkultierten Verdächtigen kamen. Wenn sich dann nachträglich eine Täterschaft eines Ausländers herausstellt, dann verstärkt dies sogar Vorbehalte gegen diese, weil zuvor Deutsche zu Unrecht eines so feigen Mordes verdächtigt worden waren. Auch das ist wiederum Wasser auf die Mühlen der Rechten.

Klaus Henning Rosen

Skinheads in der Schweiz:

Bewegung mit politischem Anspruch

Die Assoziationskette, daß Skinheads ausschließlich dem Suff verfallen und intellektuell minderbegabt seien, ist ein gängiges Klischee, das so nicht unbedingt der Realität entsprechen muß. Zumindest nicht bei den „Schweizer Hammerskins“ (SHS), wie Hans Stutz, versierter Beobachter der rechtsextremen Szene in der Schweiz, gegenüber dem „blick nach rechts“ ausführte. Ähnlich wie ihre rund 70.000 Skin-Kameraden in 33 Staaten weltweit, haben die SHS, die „führende neonazistische Skin-Bewegung in der Schweiz“, auch den „Kampf für Rasse und Nation“ auf ihre Fahnen geschrieben. Doch dieser wird nicht nur lautstark propagiert, sondern mittels wöchentlicher Schulungskurse ideologisch untermauert. Verantwortlich dafür zeichnet die „Hammer“-AO (= Aufbauorganisation), bei der die kurzgeschorenen Kameraden gar eine Prüfung ablegen müssen, bevor sie sich Hammerskins nennen dürfen. Die Hammerskins, so Stutz, seien deshalb eine Bewegung, die sich nicht nur durch Gewaltbereitschaft und ausländerfeindliche und antisemitische Parolen auszeichne, sondern durch einen „explizit politischen Anspruch“ geprägt sei.

„Adolf Hitler als Vorbild“

Die Schweizer Bundespolizei beziffert die SHS-Mitglieder auf 250 bis 300, von denen viele bereits wegen Gewaltdelikten vorbestraft sind. Gegründet wurde die braungesinnte Truppe, in der verschiedene lokal verankerte Skin-Gruppen aufgegangen sind (u.a. die „Rechtsradikale Mutschellenfront“ <RMF> ebenso wie die neonazistische „Nationale Jugend Schweiz“), im Winter 1991/92.

Einer der führenden SHS-Köpfe ist der 27jährige Luzerner Skinhead Patrick Iten, einst Herausgeber des „Rundbriefes an Froinde der Skinheadbewegung“ mit dem Titel „Totenkopf“ (in Anlehnung an die 1940 gebildete 3. SS-Panzer-Division „Totenkopf“ der Waffen-SS), von dem zwischen Frühling 1991 und Sommer 1993 sechs Nummern erschienen sind. Iten sagte 1986 einem Luzerner Untergrundmagazin: „Die LU-Skins (LU =

Luzern; Anm. d. Verf.) stehen rechts, und sie geben zu, daß ihr Vorbild Adolf Hitler heißt.“

So ganz im Stile von Hitlers NSDAP veranstalteten die SHS auch am 4. November letzten Jahres eine Prügelorgie, die für Schlagzeilen in der Schweiz sorgte. Rund 50 Hammerskins (Altersspektrum von 15 bis 32; aus den Kantonen St. Gallen, Basel-Stadt, Luzern, Aargau, Thurgau, Zürich und Bern) überfielen mit einem gezielten Angriff das „Festival für Völkerfreundschaft“, das die „Antifaschistische Aktion Luzern“ in Hochdorf (bei Luzern) organisiert hatte. Sie zerstörten Mobilar und Musikanlagen und verletzten vier Besucher/innen. Zurück ließen die Angreifer u.a. ein Flugblatt der in den USA ansässigen NSDAP/AO.

Revisionistische Hetzpropaganda

Traditionelles Aufmarschgebiet der Hammerskins war bis Mitte 1995 die deutschsprachige Schweiz - doch seit einigen Monaten hat sich dies geändert, wie die Juli-Ausgabe (1995) von „Mjöltnir“, bisher Szeneblatt der Neuenburger Skins, dokumentiert. Seitdem firmiert man als Stimme der „hammerskins suisses romands“; bis dato war die Postille das Sprachrohr der 1991 gegründeten Kleinstpartei „Parti Nationaliste Suisse et Europeen“ (PNSE; Parole: „Weißes Europa, unsere Identität“), deren Kameraden auch beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im hessischen Fulda im August 1993 ihre Sympathie für den Hitler-Stellvertreter bekundeten. In der betreffenden „Mjöltnir“-Ausgabe wird offen der Holocaust gelehnet: „Auf der Suche nach einer Anstellung“ fragt „Mjöltnir“ in der Rubrik „Weiterbildung“. Die Antwort spricht für sich: „Seien Sie nicht weiter Sklave eines Hungerlohnes, werden Sie Überlebender des nationalsozialistischen Vernichtungslagers.“ Der Kurs lehre das „Fälschen von Dokumenten“ und zeige, wie man „jedermann“ zum „Nazi-Kriegsverbrecher“ stempeln könne. Weiter verspricht das Inserat eine Beteiligung am „Holocaust-Business“: Ein Diplom berechtige dazu, seine „eigene Geschichte über den Holocaust“ zu verkaufen. Nach Ende der Ausbildung erhalte der Absolvent zusätzlich eine „Tätowierung mit der Nummer Ihrer jüdischen Sozialversicherung“.

Dies brachte den SHS ein Strafverfahren wegen Wiederbetätigung gegen das Antirassismusetz (= Leugnung des Holocaust) durch die Neuenburger Staatsanwaltschaft ein.

Weitere SHS-Blätter (deutschsprachig) sind die Postillen „Berserker“ und „Hammer“, in denen ebenso wie in „Mjölñir“ für Gleichgesinnte und Skinzines aus der Bundesrepublik, Österreich, Frankreich, England, USA, Kanada, Schweden, Italien, Finnland, Spanien und Belgien geworben wird. Laut Hans Stutz sind die SHS „ins Beziehungsgeflecht westeuropäischer Neonazis eingebettet“.

Anton Maegerle

Bereit zu einer neuen Rechtspartei?

Seit 1994 entstehen in der gesamten Bundesrepublik immer neue „Runde Tische“. Ziel dieser Institutionen ist eine Zusammenführung und Koordination von Personal und Aktivitäten rechtsextremistischer Wahlparteien und Organisationen. Neben Funktionären der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), denen häufig die Federführung obliegt, sind regelmäßig Vertreter bzw. Mitglieder der „Republikaner“, der DVU, der NPD, der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU), vom „Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen“ (BFB), vom „Aufbruch '94“ und weiterer Abspaltungen der REP anwesend. Begleitend zu den Runden Tischen wurden Aufrufe wie das „Eisenacher Signal“, der „Rheinische Appell“, die „Pulheimer Erklärung“ und der „Pfälzer Aufruf“ verabschiedet. „Das Eisenacher Signal“ wurde zum 1. Juni 1995 vom Thüringer REP-Landesvorstand mitinitiiert. Der frühere REP-Landesvorsitzende Wolfgang Kleindienst, er steht dem ehemaligen REP-Bundesvorsitzenden Frank Schönhuber (73) nahe, hat die Partei im November vergangenen Jahres verlassen. Kleindienst agiert jetzt als „Freundeskreis Ein Herz für Deutschland“ und schreibt für die rechtsextremistische „Berlin-Brandenburger Zeitung“. Deren Herausgeber Frank Schwerdt (52) ist Vorsitzender der neonazistischen Kleinorganisation „Die Nationalen e.V.“

Dem „Eisenacher Signal“ in Thüringen folgte am 10. Juni der „Rheinische Appell“ und die am 2. September in Pulheim/Stommeln (Kreis Köln) verabschiedete „Pulheimer Erklärung“. Die Liste

der Unterzeichner wird seither regelmäßig in „Europa vorn“ von Manfred Rouhs (30) - er gehörte der NPD und den REP an, ehe er bei der DLVH als Kreisvorsitzender von Köln aktiv wurde - veröffentlicht. Der Runde Tisch Nordrhein-Westfalen gibt seit Jahresanfang 1996 eine vierseitige „Zeitung des Förderkreises Bündnis Deutschland“ heraus. Das „Forum Bündnis Deutschland“, so der Titel der Zeitung, trägt die deutliche Handschrift von „Europa vorn“. Ein „Pfälzer Aufruf“ vom 2. Oktober des vergangenen Jahres wurde auf Initiative des rheinland-pfälzischen DLVH-Landesverbandes in Ludwigshafen/Rhein verabschiedet. Alle diese Resolutionen haben gemeinsam das Ziel, die Grenzen im rechten Spektrum zu überwinden und auf eine Einheit der Rechten hinzuarbeiten. Offiziell existieren zwar Abgrenzungsbeschlüsse der DVU und der „Republikaner“, doch nehmen Funktionäre und Mitglieder von REP und DVU an solchen Treffen teil. So engagiert sich „Republikaner“ Hans Rustemeyer („Die Krise der Rechten ist eine Krise ihrer Führung. Diese Führung muß abgelöst werden“) in Köln beim „Runden Tisch“. Der REP-Landesvorstand von Rheinland-Pfalz ist in der Frage der Teilnahme an solchen Treffen uneinig. REP-Landeschef Gerhard Meyer verhält sich neutral, Vize Kurt Levin steht den Einigungsbemühungen positiv gegenüber. Im vergangenen Jahr mußte das Mitteilungsorgan „Der Rheinland-Pfälzische Republikaner“ auf Anweisung des REP-Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer wieder eingezogen werden. Anlaß war der Nachdruck des „Eisenacher Signals“. Der Thüringer Kleindienst wirft Schlierer „Doppelmoral“ vor, da dieser sich bemüht habe, „über Mittelsmänner (Landesvorstandsmitglieder von Thüringen) Wahlabsprachen mit der Deutschen Liga hinsichtlich der Landtagswahlen in Baden-Württemberg zu führen.“

Die bevorstehenden Landtagswahlen vom 24. März in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg entscheiden nicht nur über das politische Schicksal von Rolf Schlierer, der sein Verbleib im Amt des REP-Bundesvorsitzenden vom Wiedereinzug in den Stuttgarter Landtag abhängig gemacht hat. Gelingt es in allen drei Bundesländern den extremistischen Wahlparteien REP, NPD und DVU nicht, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, werden sich die Bemühungen um eine Zusammenarbeit bis hin zur Neugründung verstärken. Die Runden Tische sind für eine neue Partei bereit.

Sönke Braasch

KOMMENTAR

Selbstkontrolle reicht nicht aus

Von Siegfried Vergin MdB.

Der Sprecher der SPD-Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ erklärt angesichts der Ermittlungen der Mannheimer Staatsanwaltschaft wegen rechtsextremistischer Propaganda im „Internet“:

Die durch den Fall Deckert/Orlet als sachkompetent ausgewiesene Mannheimer Staatsanwaltschaft nimmt erneut den Kampf gegen den Rechtsextremismus auf. Sie führt Ermittlungen gegen die Verbreitung von rechtsextremer Propaganda via Internet. Die vorläufigen Ergebnisse machen bereits deutlich, daß die Forderung des Justizministers Schmitz-Jortzig nach einer Selbstkontrolle der Online-Anbieter nicht ausreicht. Die liberalen Gedankengänge haben dort keine Berechtigung, wo Volksverhetzung, Rassenhaß und Auschwitz-Leugnung verbreitet werden.

Wie schon in der Diskussion um die Verbreitung von Pornographie über „Compuserve“ erweist sich nun erneut, daß auch der Appell des Bundesministers Jürgen Rüttgers an Eltern, ihren Kindern am Computer kontrollierend über die Schulter zu schauen, oder die Idee eines Jugendschutzbeauftragten für neue Medien nur ablenken vom Defizit in der Arbeit der Bundesregierung: Per E-Mail ist jederzeit die virtuelle Volksverhetzung möglich. Zündel und andere Holocaustleugner bieten heute problemlos via Internet ihre Propagandaschriften in Deutschland an. Sie profitieren davon, daß bei aller technisch-ökonomischen Begeisterung über die neuen Medien hierzulande noch außer acht gelassen wird, daß auch im Internet rechtsstaatliche Prinzipien gelten müssen.

Laut Presseartikeln prüft das Bundesinnenministerium bereits seit 1994, wie die zunehmende Nutzung von modernen Kommunikationstechnologien durch Rechtsextreme eingedämmt werden kann. Die Ergebnisse dieser Untersuchung und die Erkenntnisse des zur Amtshilfe verpflichteten Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) stehen aber immer noch aus. Wie lange soll denn die rechtsextreme Propaganda noch per Computer verfügbar sein? Nach zwei Prüfjahren ist jetzt endlich Handeln angesagt.

Schlappe für rechte Parteien

Beim Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz, Referat Öffentlichkeitsarbeit, PF 103013, 40021 Düsseldorf, kann kostenlos die rund 130 Seiten umfassende Broschüre „Superwahljahr 1994/95: Extremistische Parteien und Gruppierungen in NRW. Kandidaturen, Wahlkampf, Ergebnisse, Entwicklungen“ abgerufen werden.

In der Veröffentlichung stellte der NRW-Verfassungsschutz - bezogen auf die Bundesebene - fest, daß alle rechtsextremistischen Parteien im Wahljahr 1994/95 schwere Niederlagen hinnehmen

mußten. Als Konsequenz aus diesen Wahlschläppen zeichnen sich danach folgende Entwicklungen ab: die „Republikaner“ werden weiter durch innerparteiliche Querelen und die Abspaltung der Partei „Die Freiheitlichen“ geschwächt; der Ex-REP-Vorsitzende Franz Schönhuber nähert sich der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLHV) an und Rechtsextremisten aus verschiedenen Parteien starten neue Einigungsversuche. Dazu heißt es aus der Sicht des NRW-Verfassungsschutzes: „Die Neuorientierungsphase im rechtsextremistischen Lager nach den Wahlen 1994/95 ist noch nicht abgeschlossen. Es bleibt abzuwarten, ob die vielfältigen Sammlungsbemühungen im rechtsextremistischen Lager Fortschritte machen oder ob sie ähnlich erfolglos bleiben werden wie unzählige frühere Versuche.“

Als Dokumentation für die Nachwelt:

Letzte Zeugen erinnern sich

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist seit der Befreiung des letzten KZ-Opfers der Nazis vergangen. Wer damals bereits erwachsen war, ist - von wenigen Ausnahmen abgesehen - gestorben. Nur Kinder und ehemals Jugendliche sind noch unter uns, inzwischen aber selbst betagt. Prof. Dr. Wolfgang Benz, der Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, machte deshalb den Vorschlag, letzte Zeugen von damals in Wort und Bild festzuhalten. Im Metropol Verlag in Berlin fand er den geeigneten Partner. Nun liegen die ersten fünf Ton- und Video-Kassetten vor. Sie repräsentieren unterschiedliche Biographien und sind alle charakteristisch für die Art der Verfolgung, des Widerstands und des Überlebens.

Richard Glazar, Jahrgang 1920, stammt aus Prag. Als die Deutschen seine Heimat besetzten, gelang es seinen Eltern, für den jungen Mann ein Versteck in einem Dorf zu finden. Dort lebte er als Landarbeiter, bis die Nazis den jungen Juden 1942 entdeckten. Sie verschleppten ihn zunächst ins nahegelegene Theresienstadt, dann nach Treblinka. Bei der Vorbereitung des Aufstandes war Glazar maßgeblich beteiligt. Er gehörte zu den ganz wenigen, denen 1943 die Flucht gelang. Er schlug sich durchs noch unterjochte Polen nach Mannheim durch und arbeitete dort bis zur Befreiung durch amerikanische Truppen, als „Fremdarbeiter“ getarnt, in einer Rüstungsfabrik. Danach studierte er und legte ein Examen als Wirtschaftsingenieur ab. Heute lebt Glazar in der Schweiz, hat aber die Zeit in Treblinka selbstverständlich nicht vergessen. Während der beiden großen Treblinkaprozesse 1965 und 1970 in Düsseldorf gehörte Glazar zu den besonders wichtigen Zeugen. All das erzählt er - ein vorzügliches Dokument für den Unterricht oder für Seminare.

Das gilt nicht weniger für die Lebensgeschichte von Ernst Grube, der 1932 in München geboren wurde. Die Mutter war Jüdin, weshalb er 1941 in eine „Judensiedlung“ in der Nähe von München verschleppt wurde. Kurz vor dem Ende der NS-Zeit, nämlich im Februar 1945, wurde er mit seiner Mutter und zwei Geschwistern nach The-

resienstadt deportiert. Grube hat folglich „Judenlager“ ebenso erlebt wie das sogenannte Altersghetto Theresienstadt. All das erzählt er - authentisches Zeugnis aus einer gräßlichen Zeit.

Die Nazis haben bekanntlich nicht nur fast alle polnischen Juden vernichtet. Selbst nach der Sprengung des Warschauer Ghettos im Sommer 1943 wurden einige hundert Juden aus Auschwitz nach Warschau gekarrt, um die Reste des „jüdischen Wohnbezirks“ zu beseitigen. Zu diesen Juden gehörte Max Mannheimer, geboren in der Tschechoslowakei im Jahre 1920. Nachdem die Arbeit in der polnischen Hauptstadt beendet war, kam der Rest dieser Auschwitzhäftlinge nach Dachau. Das war 1944. Ende April 1945 wurde Mannheimer befreit und zog nach München. Ein Zeuge für Auschwitz, Warschau, Dachau und dessen Außenlager Mühldorf.

Salomea Genin, wie Grube Jahrgang 1932, allerdings nicht in München sondern in Berlin geboren, kann nicht von Verfolgung und KZ-Haft erzählen. Ihre Mutter und sie flohen nämlich 1939 vor den Nazis nach Australien. Salomea kennt also aus eigener Anschauung das Exil. Nach der Befreiung Europas vom Nazismus lebte sie abwechselnd mal in West-, mal in Ostberlin und heute eben in Berlin. Ihre temperamentvolle Art zu erzählen, packt Jungen wie Mädchen.

Schließlich kann man auf Tonband oder über Video auch Eugen Hermann Friede kennenlernen. Er wurde 1926 geboren und wuchs in Berlin auf. Er war für die Nazis Jude und mußte deshalb ständig seine Deportation befürchten. Deshalb tauchte er 1943 in Berlin unter, arbeitete später im Widerstand mit. Doch die Gestapo entdeckte die Gruppe, Friede wurde verhaftet und überlebte vermutlich nur deshalb, weil der Krieg bald zuende war.

Die Schicksale der fünf Zeugen sind nicht austauschbar. Sie alle sind Opfer der Nazis - auf unterschiedliche Weise. Gemeinsam ist ihnen die unaufdringliche Art des Berichtens. Die Kassetten haben jeweils eine Laufzeit von etwa 50 Minuten. Hier hat der Verlag einen Fehler gemacht. Eine Schulstunde dauert bekanntlich 45 Minuten. Deshalb wären Laufzeiten von 40 Minuten besser gewesen. Warum es dennoch 50 Minuten sein mußten, ist ein Geheimnis des Verlages. Eine Tonkassette kostet 14,- DM, eine Videokassette 36,- DM. Wer mehr als eine Kassette bestellt, bezahlt 12,- bzw. 30,- DM. Die Anschrift des Verlages lautet Kurfürstenstraße 135, 10785 Berlin, Tel. 030 - 261 84 60, Fax 265 05 18.

Heiner Lichtenstein

Plädoyer gegen den demokratischen Verfassungsstaat:

„Geistige Partisanen“ von rechts

„Unter den festgezurrtten Machtverhältnissen des totalen Parteienstaates, vor den Kanzeln der allgegenwärtigen Medienwelt, da läßt sich ohne politisch formierte Macht nichts gewinnen, und diese Macht, das haben die vergangenen Jahre gezeigt, war zu schwach. Wir müssen den Gegner darum ganz still und leise von innen besiegen, mit besseren geistigen und ethischen Angeboten“ (S. 6). Von dieser Bestandsaufnahme und Zielsetzung geht der Rechtsanwalt Klaus Kunze, Stammautor in der „Jungen Freiheit“ ehemals juristisch und politisch aktiv für die „Republikaner“, in seinem Buch „Mut zur Freiheit“ - Ruf zur Ordnung“ (Deugro-Verlag, Esslingen 1995) aus. Kunze will darin einen den Zeitverhältnissen angepaßten geistigen Entwurf präsentieren: Dazu müssen wir uns, so der Autor, „zunächst im Arsenal der Philosophie umsehen und uns mit den Ideen bewaffnen, die von Partisanen der Geistesfreiheit in Jahrhunderten dort angesammelt worden sind“ (S. 6). Zu diesen „Partisanen“ zählt Kunze hauptsächlich den reaktionären spanischen Philosophen Donoso Cortés (1804-1853) und den Staatsrechtler und Parlamentarismusgegner Carl Schmitt. Daneben bezieht er sich auch positiv auf andere Vertreter der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik wie Ernst Jünger oder Edgar Julius Jung, aber auch auf konservative Theoretiker der Nachkriegszeit wie Arnold Gehlen und Panajotis Kondylis.

Ausgangspunkt der Entwicklung einer „politischen Philosophie auf dem schmalen Grat zwischen Fundamentalismus und Nihilismus“ - so der Untertitel des Buches - ist die Differenzierung von Entscheidung und Norm, von Dezisionismus und Normativismus als philosophische Richtungen. Ganz im Sinne der geistigen Vorbilder Donoso Cortés und Schmitt argumentiert Kunze zugunsten des Dezisionismus, der im Gegensatz zum Normativismus nicht metaphysisch geprägt und damit auch realistisch sei. Insbesondere lehnt der Autor den Determinismus und das teleologische Denken

- welches beides dem Normativismus angeblich zwingend eigen ist - als nicht mit den Naturwissenschaften übereinstimmend ab. Von daher gilt Kunze auch der Normativismus als von Anfang an intolerant. „Es gibt keine universalisierbare Ethik ohne Metaphysik. Diese kann aber jeder nur in sich erzeugen, darum ist sie subjektiv und relativ. Also gelten alle Werte erst kraft positiver Entscheidung für sie“ (S. 59). Wenn es gelinge, solche Wertsetzungen in Form von staatlichen Normen zu allgemeinen Gesetzen zu erheben, dann habe man seinem Machtanspruch erfolgreich Geltung verschafft.

Menschenrechte nicht naturrechtlich begründet

Der Normativismus gilt Kunze somit als reiner Ausdruck der Herrschaftslegitimation, welcher gleichzeitig Nonkonforme ausschließe, was exemplarisch anhand des Extremismusbegriffs überhaupt wird: „Wie die Begriffe des Ketzers, des Demagogen und viele andere gewinnt der Begriff des Extremisten also nur Sinn aus einer bestimmten weltanschaulichen Perspektive und funktioniert nur im Rahmen des jeweils eigenen ideologischen Koordinatensystems“ (S. 76). An diesem Beispiel wird deutlich, was sich eher versteckt in der philosophischen Argumentation andeutet: Kunzes dualistisches Weltbild kennt keine Differenzierungen hinsichtlich des Normativismus: Die historischen Anspielungen in dem Zitat verdeutlichen, daß er offenbar keinen grundlegenden Unterschied zwischen der Verfolgung von Ketzern im Mittelalter und der Auseinandersetzung mit Extremisten in der Gegenwart zu sehen vermag. Es gibt eben nicht nur einen Unterschied zwischen willkürlicher Tötung und rechtsstaatlicher Verurteilung, sondern auch diskursive und juristische Möglichkeiten von tatsächlichen oder vermeintlichen Extremisten, sich gegen entsprechende Vorwürfe erfolgreich zu wehren, was den Ketzern im Mittelalter nicht möglich war.

Hintergrund dieser Sichtweise von Kunze ist seine undifferenzierte Auffassung vom Normativismus, nicht nur bezogen auf die Begründung von Normen, sondern auch auf ihre Umsetzung. Ganz im Sinne seines geistigen Vorbilds Carl Schmitt sieht er in politischen Begriffen lediglich säkularisierte theologische Begriffe und lehnt die Gültigkeit universeller Werte als quasireligiöser Ausdruck ab. Konsequenz dieser Einstellung ist dann auch die

Ablehnung der Menschenrechte als individualistisch geprägt, naturrechtlich begründet und universell gültig. Rechte werden rein funktionalistisch im machtpolitischen Sinne gedeutet: „Unser nüchterner Blick auf die konkrete Funktion allen Rechtes als von Menschen über Menschen gesetztes Recht muß alle diejenigen unbefriedigt lassen, die nicht die Funktion jeder Idee als Waffe im Vordergrund sehen, sondern aus dem Elfenbeinturm esoterischer Moral- oder Gotterkenntnis her argumentieren. ... Wie Adam und Eva vom Baum der Erkenntnis aßen und sahen, daß sie nackt waren, läßt das Durchschauen aller 'naturrechtlichen Universalismen' deren Apostel in ihrer Machtausübung nackt dastehen, ihrer Herrschaftsideologie entkleidet nämlich“ (S. 104). Eine Auffassung von Menschenrechten als naturrechtlich begründete, vorstaatliche Rechte hat in dieser Sichtweise keinen Platz. Von daher verwundert es auch nicht, daß Kunze den Liberalismus als Grundprinzip der demokratischen Verfassungsstaaten nur als „das umfassende metaphysische Rechtfertigungssystem der in den westlichen Ländern herrschenden Personen und Gruppen“ (S. 119) wahrnimmt und davon ausgeht, „der Liberalismus wird weltanschaulich totalitär“ (S. 185).

„Maulwurfstätigkeit von innen“

Als Strategie gegen den Normativismus empfiehlt Kunze eine Art geistigen „Guerilla-Krieg“, was direkt an die Ideen von einer „Kulturrevolution von rechts“ der französischen Neuen Rechten um Alain de Benoist erinnert. Kunze schreibt: „Auch die humanitaristische Zivilregion kann nur durch untergründige Maulwurfstätigkeit von innen ausgehöhlt werden. Diese Tätigkeit muß damit beginnen, ihren ideologischen Charakter zu beleuchten, lustvoll an den Tabus und Sprachregelungen zu kitzeln und diese der Lächerlichkeit preiszugeben. Die zentralen Ideologeme der Political correctness zu zerstören, ist vordringlichste Aufgabe einer geistigen Partisanentätigkeit“ (S. 206). Zielsetzung soll dabei „eine Aufklärung über die Aufklärung“ sein: Sie muß „das destruktive Angriffspotential der Aufklärung auf sie selbst richten und sie zerstören“ (S. 229). Damit geht es Kunze ganz zentral darum, die Wertprinzipien der modernen demokratischen Verfassungsstaaten zu delegitimieren. Hinsichtlich einer positiven Darstellung seiner politischen Zielsetzung bleibt der Autor allerdings überaus diffus: Kunze spricht lediglich davon, daß die vorgefundene Gemeinschaft die Grundlage

unserer aller Existenz sei, die Nation als Abstammungsgemeinschaft verstanden werden müsse und man sich mit einem Abstraktum wie Menschheit nicht konkret solidarisch fühlen könne. Somit kommt das Werk nicht über den Charakter einer Kampfschrift gegen den Normativismus hinaus.

Armin Pfahl-Traughber

In strammer militärischer Tradition

In der NS-apologetischen Zweimonatsschrift „Recht und Wahrheit“ stößt man regelmäßig auf eine Anzeige folgenden Inhalts: „Wer die Tradition deutschen Soldatentums ehrt, wird Mitglied im >Kameradschaftsbund<“.

Hinter diesem „Kameradschaftsbund“ verbirgt sich „>Der deutsche Kameradschaftsbund< - Der STAHLHELM - Bund der Reservisten/HIAG/Kampfbund für Deutschland“ mit Sitz in Düsseldorf.

Der „Kameradschaftsbund e.V.“, eine rechtsextreme Mini-Gruppierung mit pompöser Organisationsstruktur will u.a.: „Der Jugend ein nationales Bewußtsein geben“, „Veranstaltungen von Seminaren, Vorträgen und Kundgebungen sowie Kranzniederlegungen zur Ehrung der gefallenen deutschen Soldaten“ organisieren, „Dem Kulturverfall durch eine zerstörerische Einheitszivilisation entgegenwirken“ sowie die „Einigung der nationalen Szene mit dem Ziel einer einzigen großen nationalgesinnten Organisation“ erreichen.

Nach eigenen Angaben ist die Organisation folgendermaßen gegliedert:

- D.K.B.-Jungstahlhelm-Jugendbund; ab dem 10. Lebensjahr für beide Geschlechter,
- D.K.B.-Soldaten und Reservistenbund-Der Stahlhelm; ab dem 18. Lebensjahr,
- D.K.B.-Veteranenbund-Alte Kameraden; als Interessengemeinschaft der Frontsoldaten des 1. und 2. Weltkrieges sowie aller Bundeswehr-Veteranen,
- D.K.B.-Frauen- und Mädchenbund; für alle weiblichen Mitglieder gleich welchen Alters.

Der D.K.B., der sich als Traditionsbund der Wehrmacht und der Ex-Kaiserlichen Armee definiert, legt „höchsten Wert auf die Jugend“. Ebenso liegt dem D.K.B. neben „einer engagierten Jugendarbeit“ viel daran, den „in die Irre geführten Bundeswehr-Soldaten eine militärische Heimat zu geben und somit Rückhalt im Volk zu schaffen.“

Der D.K.B.-Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Kameradschaftsführer des D.K.B. ist der Ritterkreuzträger und „hochdekorierte Hauptmann der deutschen Luftwaffe“ Peter Böttcher (Düsseldorf), zur Seite steht ihm der 2. Kameradschaftsführer Jörg Satow (Xanten), der zugleich dem 1988 gegründeten „Deutschen Gotcha Sportverein“ (DGSV) vorsteht. Vorstandskämmer ist Jörg Rottmann (Obergefreiter der Bundeswehr-Jägertruppe), Bundesjugendführer Rolf Schenkler (Stuffz. der Panzertruppe-Heer-Bundeswehr) und Beisitzer im Vorstand Joachim Magon (Panzerkommandant der Wehrmacht).

Als Organ des D.K.B., dessen Vermögen bei Auflösung des Vereins an den „Reichsbund-Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ fallen soll, dient ein primitiv aufgemachtes Mitteilungsblatt mit dem Titel „Der Kameradschaftsbund“, in dem sich auch der rechtsextreme Standardspruch „Deutschland ist größer als die BRD!“ findet. Seine Briefe schließt der D.K.B. mit „Deutschland erwache!“ und „Front Heil!“.

Der D.K.B. bezeichnet sich als Schwesterorganisation des „Stahlhelm e.V. - Bund der Frontsoldaten. Kampfbund in Europa“ (Sitz: 21635 Jork). Dieser steht in der Tradition des legendären „Stahlhelms“ in der Weimarer Republik, der ca. eine Million Mitglieder in seinen Reihen hatte und 1951 in Köln wiedergegründet wurde. Die Aktivitäten des „Stahlhelms“ und seiner Jugendorganisation „Der Jungstahlhelm“ beschränken sich weitgehend auf das Saarland sowie Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein/Hamburg. In Flugblättern ruft der „Stahlhelm“ zum Kampf gegen die Unfreiheit, gegen den Kommunismus, für ein wiedervereinigtes deutsches Vaterland sowie „für ein in Frieden und Freiheit lebendes Europa der Vaterländer“ auf. Gerne preist sich die rechtsextreme Organisation als ein „über allen Parteien stehender Kampfverband auf nationaler europäischer Grundlage“ an.

Anton Maegerle

Gefährliche Polit-Sekte

Nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Innenministers Franz-Josef Kniola muß die von der „Scientology Church“ ausgehende Gefahr ernster genommen werden. „Wir müssen verhindern, daß diese weltweit operierende Sekte Staat und Gesellschaft in Deutschland wie mit Krakenarmen durchdringt, umfaßt und schließlich erdrückt“ erklärte Kniola unlängst anläßlich der Veröffentlichung eines Gutachtens über Scientology, das der Frankfurter Politikwissenschaftler Dr. Hans Gerd Jaschke erstellt hatte.

Jaschke kommt in seinem Gutachten zu der Schlußfolgerung, daß „Scientology“ (SC) - legt man nicht ein zu enges Politikverständnis zugrunde - eine „politische Organisation“ ist, die „langfristige politische Zielsetzungen“ verfolgt. Im Zentrum stehe die Schaffung einer Gesellschaft nach scientologischen Prinzipien. Die SC-Gesellschaft sei durch eine totalitäre Herrschaftsform gekennzeichnet, in der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keinen Platz fänden. Der Untersuchung zufolge erhebt SC einen ideologischen Alleinvertretungsanspruch, gruppiere sich um eine Führerideologie und wende Gewalt an gegen Kritiker und Andersdenkende. Es ließen sich zwar keine direkten Berührungspunkte zu den Traditionen und Organisationsnetzen des politischen Extremismus nachzeichnen; die „Phantasien eines heroischen Übermenschentums, verbunden mit Ideologien der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Menschen und militant aufgeladenem Freund-Feind-Denken, basierend auf antidemokratischen Ressentiments“ deuteten aber auf eine „rechte“ Orientierung. Analog zu anderen Polit-Sekten ist die Anhängerschaft von SC - im Gegensatz zum organisierten Extremismus - allerdings nicht primär politisch motiviert sondern in erster Linie an individueller Lebenshilfe interessiert. Darin liegt eine fatale Anziehungskraft: „Scientology hat nicht das Wohl ihrer Mitglieder im Auge, sondern schlicht die materielle Bereicherung, vor allem auf Kosten der getäuschten und irregeleiteten Menschen. Ihnen wird um den Preis einer totalen psychischen Abhängigkeit und wirtschaftlichen Ausbeutung die Chance zu einem Mehr an Lebensglück vorgegaukelt“, so NRW-Minister Kniola.

Das Gutachten zu Scientology kann kostenlos bestellt werden beim Innenministerium NRW, Abteilung Verfassungsschutz, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 103013, 40021 Düsseldorf.

BÜCHERSCHAU

**Ein Standard-
werk zur
NS-Zeit**

Im Jahre 1980 hat der Düsseldorfer Zeithistoriker Peter Hüttenberger in der Reihe „Arbeitsbücher zur modernen Geschichte“ den Band „Bibliographie zum Nationalsozialismus“ herausgegeben. Der schmale, 208 Seiten umfassende Band in Form eines Taschenbuches war seitdem vielen Historikern, Soziologen, Publizisten, Lehrern beiderlei Geschlechts hilfreich und nützlich. Hüttenberger ist vor einigen Jahren viel zu früh und völlig überraschend gestorben. Er trug sich mit dem Gedanken, eine neue, erweiterte Bibliographie herauszugeben, weil er wußte, daß sein Buch längst überholt und keineswegs mehr auf dem Stand moderner Forschung war. Nun hat der Kölner Bund Verlag, der dem DGB gehört, eine neue Bibliographie zum Nationalsozialismus vorgelegt, zu der man dem Verlag und dem Autor Glück wünschen muß. Es ist ein Standardwerk geworden, ohne das künftig Forschung und Beschäftigung mit dem Nazismus allenfalls unvollkommen möglich sein werden. Michael Ruck zitiert denn auch Hüttenberger gleich zu Beginn der Einleitung mit dem Hinweis, von Hüttenberger vor 15 Jahren aufgezeigte Lücken in der NS-Forschung seien „überwiegend geschlossen“ worden, was nicht heißt, es gebe keine mehr. Als Beispiele seien der „Reichsarbeitsdienst“ (RAD) und die Reichsbahn mit ihren Untergliederungen genannt.

Ruck, über dessen Person man in dem Werk leider so gut wie nichts erfährt, hat sich einer Arbeit unterzogen, die Respekt verlangt. Der zeitliche Rahmen, den er füllt, reicht vom Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa im Mai 1945 bis zum Oktober 1994. Er betrifft „die deutsch-, englisch- und französischsprachige Literatur zur Vorgeschichte, zur Herrschaft und zu den Nachwirkungen des NS-Regimes flächendeckend.“ Mehr als 20.000 Titel sind dabei zusammengekommen:

10.017 Monographien, 6.299 Beiträge aus Sammelwerken, 3.983 Zeitungs- und Zeitschriftenartikel. Sie sind so gegliedert und in Registern geordnet, daß man sich schnell darin zurechtfindet. Teil A heißt „Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus“. Er ist untergliedert in „A 1 Übergreifende Hilfsmittel, Darstellungen und Quellensammlungen zur Geschichte des Nationalsozialismus“, „A 2 Aufstieg des Nationalsozialismus“ und „A 3 Der Nationalsozialismus an der Macht“. Dieser Abschnitt ist mit etwa 750 Seiten der weitaus umfangreichste und wird deshalb noch einmal in 23 Unterabschnitte unterteilt. Teil B enthält die Literatur zum Thema „Deutschland und die NS-Vergangenheit“ mit den Unterabschnitten „B 1 Die „Bewältigung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit“ und „B 2 Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945“. Diese Literatur gehört streng genommen nicht in eine solche Bibliographie. Ruck begründet, warum er diesen Abschnitt aufgenommen hat. So „sollen die Literaturhinweise es dem Benutzer auch in diesem Fall erleichtern, mit Blick auf langfristige Entwicklungen Kontinuität und Wandel des Spektrums rechtsextremer Verhaltensdispositionen und Organisationsstrukturen im 20. Jahrhundert zu analysieren.“

Diese Ergänzung ist zu begrüßen, da, soweit ich sehe, eine Bibliographie über diesen Bericht bislang fehlte. Die Gliederung ist zweifelsfrei wichtig, doch hat Ruck so umfangreiche Register an den Schluß des Werkes gestellt, daß es leicht fällt, mit der Bibliographie zu arbeiten. Allein das Register der Autoren zählt 145 Seiten. Dort findet man alle Verfasser/innen, die über die NS-Zeit geschrieben haben. Kennt man aber deren Namen nicht, hilft das Personenregister. In ihm hat Ruck alle relevanten Namen aufgelistet, die in der NS-Zeit eine Rolle gespielt haben. Die Zahlen hinter den Namen enthalten die Nummern im Gesamtwerk, also nicht die Seitenzahl. Schließlich gibt es als zusätzliche Hilfe noch das „Länder-Regionen- und Ortsregister“ von Aachen bis Zwieselndorf. Will man erfahren, ob über die eigene Heimat während der NS-Zeit bereits gearbeitet worden ist, sucht man den Namen der Stadt, des Dorfes und ist informiert.

Ruck weiß selbstverständlich, daß seine Bibliographie bereits Lücken aufwies, als er das Manuskript abschloß. Das liegt in der Natur der Sache. Es vergeht nämlich auch ein halbes Jahrhundert nach dem Ende der NS-Herrschaft kaum ein Tag, an dem kein neues Buch über jene Jahre erscheint. Das dürfte auf lange Zeit auch so bleiben. Deshalb sind der Autor und der Bund Verlag zu der Absicht zu beglückwünschen, in absehbarer Zeit einen Ergänzungsband vorzulegen. Der Grundstein, besser: das Fundament ist gelegt - eine gewaltige Arbeit, die vielen nützlich sein wird.

Michael Ruck, Bibliographie zum Nationalsozialismus, 1.428 S., Bund Verlag Köln 1995, geb. 298,00 DM

Heiner Lichtenstein

Entsprechend gegliedert ist das Buch nach den verschiedenen Gruppierungen, die als direkte oder indirekte Förderer Haiders und der „Freiheitlichen“ anzusehen sind. Ins Visier genommen hat der Autor nicht die Personen und Organisationen, die dem rechtsextremistischen Lager zuzuordnen sind, ihm geht es vielmehr um „einen Bogen, der sich vom rechten Flügel der ÖVP über Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Industrie und Finanz, zumindest einem Prälaten der Katholischen Kirche bis zu Linken, die sich mit ihrer eigenen Partei zerstritten haben (oder sich ungerecht behandelt fühlen) spannt; aber auch um, und dies ist das Überraschende, noch immer aktive Sozialdemokraten und sogar jüdische Einzelgänger, die den Chef der F-Bewegung für änderungsfähig - oder zumindest von der breiten Öffentlichkeit mißverstanden - halten“ (S. 14).

Derartige Unterstützung wird von dem Autor anhand zahlreicher Beispiele konkret belegt, wobei exemplarisch deutlich wird, daß ein rechtspopulistischer Akteur auch der gesellschaftlichen Unterstützung aus den verschiedensten Bereichen bedarf, um letztendlich erfolgreich zu sein. Darauf aufmerksam gemacht zu haben, ist zweifellos das Verdienst des Autors. Die Darstellung ist insgesamt journalistisch beschreibend angelegt und bleibt von daher eher oberflächlich. Leider reflektiert Meysels nicht den Stellenwert dieser Unterstützung in allgemeinerer Form oder hinsichtlich einer Gewichtung ihrer Bedeutung.

Lucian O. Meysels, Unheilige Allianzen. Wer ebnet Jörg Haider den Weg?, Wien-Klosterneuburg 1995 (Edition Vabene), 224 S., 39,80 DM

Armin Pfahl Traugber

Haiders Begleiter

Über Jörg Haider und seine Freiheitlichen liegen mittlerweile eine ganze Reihe von Veröffentlichungen vor. Der langjährig bei der Wochenpresse als Journalist tätig gewesene Lucian O. Meysels fügt diesen ein weiteres Werk hinzu, das sich allerdings nicht primär mit dem politischen Objekt, sondern mit seinen unterschiedlichen Förderern beschäftigt. Dem Autor geht es „in erster Linie um jene Persönlichkeiten oder Gruppierungen ..., welche die Freiheitlichen wohl nicht, oder zumindest nicht direkt unterstützen, jedoch bereit und auch gewillt sind, 'ein Stück des Weges', wenn nicht den ganzen Weg, an seiner Seite zu gehen“ (S. 13).

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Tagebuch

Bad Aibling - Die „General-Dietl-Straße“ im oberbayerischen Bad Aibling soll umbenannt werden. Mit dieser Entscheidung, die der Stadtrat des Kurortes vor wenigen Tagen mit großer Mehrheit getroffen hat, wurde jetzt eine über zwölf Jahre andauernde Auseinandersetzung über den umstrittenen Straßennamen beendet. Lediglich zwei Mitglieder des Stadtrates hatten gegen die Namensänderung gestimmt, sie vertreten weiterhin die Ansicht, daß es sich bei dem 1944 gefallen Generaloberst der Wehrmacht um einen „bekannten Sohn der Stadt“ handle.

Berlin - Zwölf Rechtsextremisten aus dem Umfeld des Neonazi-Funktionärs Arnulf Priem sind von einem Berliner Amtsgericht wegen Bildung eines bewaffneten Haufens zu Geldstrafen bis zu DM 5.400,- verurteilt worden; ein einschlägig vorbestrafter weiterer Gesinnungskamerad erhielt zwei Jahre und einen Monat. Die Angeklagten hatten sich am 13. August 1994 zusammen mit Arnulf Priem in dessen Wohnung verschanzt, um von dort aus bewaffnete Angriffe auf Demonstrationsteilnehmer/innen zu starten. Eine Hausdurchsuchung der Polizei förderte Luftdruckgewehre, Wurfgeschosse, einen Molotowcocktail, Sprengstoff sowie naziverherrlichende Gegenstände zu Tage. Priem selbst wurde im Mai vergangenen Jahres zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt und sitzt in einer Berliner Justizvollzugsanstalt ein.

Berlin - Der Berliner Neonazi Christian Wendt, Pressesprecher der „Nationalen e.V.“ und „leitender Redakteur“ der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ), wurde wegen Verleumdung vom Amtsgericht Tiergarten zu sieben Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Das Amtsgericht sah es als erwiesen an, daß Wendt für einen Artikel aus dem Jahre 1994 in der September/Oktoberausgabe der BBZ verantwortlich ist, in dem der brandenburgische Innenminister Alwin Ziel (SPD) als „Stasi-Mitarbeiter“ und „Verbotsminister“ diffamiert wurde. Verteidigt wurde Wendt vom Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Der Prozeß wurde u.a. von Frank Schwerdt (Vorsitzender der „Nationalen“), Detlef Cholewa (Ex-FAP-Kader), Hans-Jörg Rückert („Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk“) und Wolfram Nahrath (Ex-„Wiking-/Jugend“-Kader) verfolgt.

Bietigheim/Stuttgart - Die rechtsextremen „Republikaner“ peilen bei den Landtagswahlen am 24. März in Baden-Württemberg ein Ergebnis von sieben Prozent an. Wie REP-Landesvorsitzender Christian Käs vor Journalisten nach einer Parteisitzung in Bietigheim ausführte, sei es „klares Ziel“ eine rot-grüne Mehrheit zu verhindern und mittelfristig koalitionsfähig zu werden. „Wir wollen uns um politische Mehrheiten bemühen“. Neben den klassischen REP-Themen „Ausländer-/Asylpolitik“ und „Innere Sicherheit“ will die Ultrarechtspartei im Wahlkampf auch Renten- und Sozialpolitik ins Visier nehmen. Wahlumfragen zufolge liegen die REP, die 1992 mit 10,9 Prozent in den Landtag eingezogen sind, mittlerweile bei vier Punkten. Dies ist ein Prozent mehr als im November, bleibt aber unterhalb der Fünfprozentmarke. Bei der Benotung der Parlamentsarbeit der im Landtag vertretenen Parteien erhielten die REP mit 5,2 die schlechteste Bewertung; die eigenen Anhänger gaben allerdings die Note 2.

Böblingen/Herrenberg - Das Amtsgericht Böblingen (Baden-Württemberg) hat ein Verfahren wegen Volksverhetzung gegen den stellvertretenden REP-Kreisvorsitzenden Rudi Weinert gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt. Der 57jährige Weinert, der für die „Republikaner“ bei der Landtagswahl am 24. März im Wahlkreis Leonberg-Herrenberg antritt, erklärte sich bereit, einen Betrag in Höhe von DM 5.000,— an eine Organisation für christlich-jüdische oder deutsch-jüdische Zusammenarbeit zu bezahlen. Angezeigt worden war Weinert von dem Grünen-Landtagsabgeordneten Johannes Buchter wegen seiner Äußerungen in einem Interview mit einer Lokalzeitung im August 1994.

Bochum - Der Ex-Rechtsaußenpolitiker Emil Schlee, ehemals Europaabgeordneter der „Republikaner“, publistisch aktiv u.a. in dem Revanchistenblatt „Der Schlesier“ und dem rechtsextremistischen Strategieorgan „Nation + Europa“, greift jetzt auch für die antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ zur Feder (Ausgabe 1/96).

Bonn - Der Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung, Günter Reichert hat nach Angaben des SPIEGEL (5/1996) gegenüber dem Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland einen Fauxpax begangen. Nach einem Essen, das Bundespräsident Herzog zu Ehren von Ezer Weizmann ausgerichtet und bei dem der israelische Staatspräsident eine Rede gehalten hatte, soll Reichert

Bubis folgendermaßen beglückwünschte haben: „Ihr Staatspräsident hat eine sehr gute Ree gehalten.“ Bubis kommentierte diesen - erneuten - Vorfall eher gelassen. Diese Mischung aus „Dummheit, keine Ahnung und Vorurteilen“, erfahre er „täglich und von jedermann“.

Bonn - Nach Angaben des Bundeskriminalamts wurden im November vergangenen Jahres 121 fremdenfeindliche Straftaten gemeldet. Darunter waren drei Brandanschläge, 24 Angriffe gegen Personen und 94 „sonstige“ Delikte wie Sachbeschädigung oder Beleidigung. 26 Personen wurden bei den Anschlägen verletzt. Insgesamt wurden 125 Tatverdächtige gemeldet, gegen acht Personen ergingen Haftbefehle.

Düsseldorf - Unzählige Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger fanden in jüngster Vergangenheit in ihren Briefkästen rassistische Pamphlete, in denen sogenannte „Verhaltensregeln für den Umgang mit Asylsuchenden“ verbreitet wurden. Die Hetschriften waren auf städtische Briefbögen kopiert und wurden zum Teil in städtischen Briefumschlägen versandt. Nach Angaben des Leiters des städtischen Presseamts, Hans-Joachim Neisser, handelt es sich allerdings um eine plumpe Fälschung; wegen der Briefumschläge wird die Stadt eine Anzeige gegen Unbekannt erstatten. Ein Mitarbeiter der Finanzverwaltung NRW in Düsseldorf erhielt wegen ausländerfeindlicher Propaganda seine fristlose Kündigung. Er hatte in seiner Abteilung Flugblätter rassistischen und neonazistischen Inhalts verteilt.

Erfurt - Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat gegen den NPD-Vorsitzenden von Thüringen, Frank Golkowski, Anklage erhoben. Golkowski habe versucht, sich als potentielles Opfer politisch andersdenkender Gruppen zu präsentieren, um so die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten zu beeinflussen, so die Angeklagtebehörde. Dem Endvierziger wird die Vortäuschung von Straftaten zur Last gelegt. Im Dezember 1994 hatten mehrere Thüringer Lokalzeitungen anonyme Drohbriefe von vermeintlich autonomen Tätern erhalten, die einen Anschlag auf Golkowski ankündigten. Am ersten Weihnachtsfeiertag 1994 war unter Golkowskis Auto vor seiner Northeimer Zweitwohnung eine scharfe Handgranate jugoslawischer Bauart entdeckt worden. Der Anschlag ebenso wie die Drohbriefe, von denen auch einer an Golkowski selbst adressiert war, könnten nun nach Auffassung der Staatsanwaltschaft von dem vermeintlichen Opfer selbst initiiert worden sein.

Hamburg - Wie erst kürzlich bekannt wurde, heißt der stellvertretende Vorsitzende des noblen Hamburger Blankeneser Grundeigentümer Vereins e.V. (ca. 1.000 Mitglieder) Jürgen Rieger. Der notorische Rechtsextremist und Rechtsanwalt Rieger hat seit 1983 die Position des zweiten Vorsitzenden inne; bereits 1978 gelangte Rieger als Beisitzer in den Vorstand. Er vertritt den Verein auch vor Gericht. Rieger ist ebenso Vorstandsmitglied der ewiggestrigen Organisationen „Mütterdank e.V.“ (Sitz: Hamburg; gegründet am 19. Oktober 1987), „Heide-Heim e.V.“ (Sitz: Hamburg; gegründet am 18. Oktober 1984) und „Heideheim e.V.“ (Sitz: Buchholz; gegründet am 27. Februar 1990) sowie Gründungsmitglied des „Heinrich-Anacker-Kreises e.V.“ (Sitz: Hamburg; gegründet am 30. Juli 1978). Die Vereine „Heinrich-Anacker-Kreis“, „Heide-Heim“ und „Heideheim“ rufen alljährlich seit 1991 zu der „Hetendorfer Tagungswoche“, einer der bedeutendsten rechtsextremen Schulungsveranstaltungen mit mehreren hundert Teilnehmern (die Riege reicht vom Altnazi bis zum Neonazi) auf. Die nächste „Hetendorfer Tagungswoche“ findet voraussichtlich vom 15. bis 23. Juni dieses Jahres statt.

Hildesheim/Niedersachsen - Die 9. Große Strafkammer des Landgerichts Hildesheim hat den Hildesheimer Amtsrichter Christian Stoll (63) zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 4000 Mark verurteilt. Er wurde des Verwahrungsbruchs für schuldig befunden. Stoll soll Akten manipuliert haben, um einen Fehler zu vertuschen. Im ultra-rechten Netz ist Stoll kein Unbekannter. So lehnt dieser die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Polens Westgrenze ab (Stoll propagiert die „Wiedergewinnung völkerrechtswidrig entrissenen uralten deutschen Heimatbodens“), trat als Referent bei Dietmar Muniers „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen“ auf und agiert seit Jahren als Landesvorsitzender Niedersachsens der Landsmannschaft Schlesien. Wie die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) zu berichten weiß, laufen diesbezüglich seit 1992 wieder disziplinarische Vorermittlungen gegen den Amtsrichter. Die Untersuchungen des Justizministeriums ruhen solange, bis das Strafverfahren rechtskräftig ist.

Hoyerswerda - Bei einer Demonstration des „Jungen Nationalen Spektrum“ (JNS), der Nachwuchsorganisation der „Nationalen e.V.“, wurden am 28. Januar 31 Personen im sächsischen Hoy-

erswerda festgenommen. An der von der Polizei verbotenen Kundgebung nahmen rund 200, zumeist jugendliche Rechtsextremisten aus Sachsen und Brandenburg teil. Es wurden Baseballschläger und Fahnen mit neonazistischen Symbolen sichergestellt.

Koblenz - Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Koblenz (OVG) kann ein Zeitsoldat wegen rassistischer Äußerungen fristlos aus der Bundeswehr entlassen werden. Ein Soldat verstoße mit rassistischen Äußerungen gegen seine Dienstpflichten und schädige dadurch das Ansehen der Bundeswehr, führten die Verwaltungsrichter zur Begründung an. Ein ehemaliger Unteroffizier der Bundeswehr, der vorher schon durch rassistische Äußerungen aufgefallen war, hatte bei einem Rapport seiner untergebenen Soldaten gesagt: „Katholische links raus - Evangelische rechts raus - Juden unter die Dusche“. Daraufhin hatte ihn die Bundeswehr fristlos entlassen. (Az.: 10 A 12774/94).

Salzweg/Bayern - Im „Ostdeutschen Pressedienst“, der vom Präsidium der revanchistischen „Notverwaltung des Deutschen Ostens“ (NDO) herausgegeben wird, wird auf eine „Deutsche Schlesienhilfe Salzweg e.V.“ (vormals: „Salzweiger Hilfsaktion und Eichendorf-Schlesischer Hilfsfond“) aufmerksam gemacht. Diese unterstützt nach eigenem Bekunden u.a. „kriegsbeschädigte Soldaten der alten >Wehrmacht< und die Arbeit der „Deutschen Freundeskreise“ (DFK) in „Schlesien“; d.h. in Polen. Stolz wird mitgeteilt, daß Spenden für den Verein steuerlich absetzbar seien, da man „völkerverständigende“ und „caritative“ Ziele verfolge. Erster Vorsitzender der „Deutschen Schlesienhilfe Salzweg e.V.“ (Jahresbeitrag: 24 Mark) ist Alf Buhl. Für die Herausgabe des „Ostdeutschen Pressedienstes“ zeichnet der „schlesische Dichter“ Erich Lipok-Cosel, Träger des „Schlesischen Kulturpreises der Jugend“, der vom Studentenbund Schlesien“ (SBS) vergeben wird, verantwortlich. Hauptziel der „Notverwaltung des Deutschen Ostens“ (NDO) ist die Rückgewinnung der „deutschen Ostgebiete“, zu denen „Ostpreußen“, „Westpreußen“, „Danzig“, „Pommern“, „Ostbrandenburg“, „Schlesien“ und das „Sudetenland“ gezählt werden. O-Ton NDO: „Der Wert dieses Landes ist unermesslich. Setzt man pro qm 10 DM an, beträgt der Wert Ostdeutschlands in den Grenzen von 1937 1188 Milliarden DM“.

Stockholm (Schweden) - Das Amtsgericht der

westschwedischen Stadt Kalmar hat einen 20jährigen Mann zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 120,— verurteilt, weil er einer Polizeistreife in Nybro mit dem „Hitlergruß“ begegnet war. Durch dieses Urteil bekräftigte die schwedische Justiz ihre härtere Gangart gegenüber rechtsextremistischen Aktivitäten. Im November vergangenen Jahres war erstmals gegen einen 21jährigen Rechtsextremisten wegen Tragen eines Hakenkreuzes in der Öffentlichkeit Anklage erhoben worden.

Torrevieja/Alicante (Spanien) - Ein „Förderkreis Deutscher Kultur in Europa“, der im spanischen Torrevieja seinen Sitz unterhält, verschickt von dort aus Werbematerial für die deutsche Musikgruppe „Der Bundschuh“, die sich dem Wandervogel und der „Deutschen Hochschulgilde“ zugehörig fühlt. Der originäre „Bundschuh“ war eine revolutionäre Bauernbewegung im badisch-schwarzwälder Gebiet, die in die große Bauernbewegung von 1525 mündete. In dem Schreiben der „Auslandsdeutschen“ heißt es: „Womöglich merkt man es erst in der Ferne, wie groß und wertvoll der Schatz unserer Kultur ist. Und es ist sicherlich kein Zufall, daß Deutschland als >Das Land der Lieder< bezeichnet wird. Uns hier im Ausland ist ein gemeinsames Lied wie ein frischer Quell der uns Lebenskraft und Zuversicht für jeden neuen Tag gibt.“ Im „Bundschuh“-Angebot, für das in der österreichischen Monatszeitschrift „AULA“ geworben wird, finden sich u.a. „feierliche Soldaten- und Heimatlieder“ sowie „Soldatenlieder“ des Ersten Weltkrieges. Der Vertrieb liegt bei der Firma „Fröhlich-Tonträger“ (Hamburg).

Toronto (Kanada) - In der aktuellen Ausgabe der „Bauernschaft“ (Herbst/Winter 1995) berichtet Ernst Zündel über ein Treffen mit dem russischen Rechtsextremisten Wladimir Schirinowskij in Moskau. Als Gastgeschenk überreichte Zündel das Buch „Starben wirklich sechs Millionen?“ sowie ein „Kunstbuch des „Malers und Zeichners“ Adolf Hitler. Angeboten werden in der „Bauernschaft“ revisionistische Publikationen wie der „Leuchter-Report“ und der „Leuchter-Kongress in München“ sowie nationalsozialistische Esoterik wie „Deutsche Geheimwaffen und Wunderwaffen des Zweiten Weltkrieges“. Ganzseitig macht Zündel auf die Möglichkeit für alternde Gesinnungskameraden aufmerksam, ihm Häuser, Grundstücke u.s.w. per notarieller Vollmacht zu überschreiben: „Jeder, der diesen Schritt unternimmt, setzt sich dadurch ein lebendiges Denkmal lange über den Tod hinaus. Wenn wir einst den Sieg über Deutschlands



Feinde wieder errungen haben, dann wird jedem dieser edlen Spender ein ehernes Denkmal in einem besonders dafür zu errichtenden Ehrenmal gesetzt werden.“

Uckfield/Sussex (Großbritannien) - Als Nachfolgeprojekt des im vergangenen Jahr eingestellten revisionistischen „Deutschland Report“ erscheint seit Januar das „National-Journal“. Eine anonyme „Redaktionsgemeinschaft Die Freunde im Ausland“ (DFiA) übernimmt die Herausgeberfunktion, die presserechtliche Verantwortung liegt bei Thomas Brookes. Das Monatsperiodikum „National-Journal“ (NJ) sei, so eine Selbstdarstellung, „das Produkt einer deutschen Patriotengemeinschaft zur Aufklärung des denkfähigen Teils der deutschen Bevölkerung“. Zielgruppe sollen vor allem Jugendliche sein. Der Inhalt der sechs Seiten besteht im wesentlichen aus Geschichtsrevisionismus, der Leugnung des Holocausts. Den Abonnenten wird von Herausgeberseite aus versichert, daß jede Ausgabe „vor dem Versand von europäischen Juristen auf strafrechtliche Inhalte überprüft“ werde.

Wien (Österreich) - Neuer „Obmann“ der „Österreichischen Landsmannschaft“ (ÖL), des „wohl traditionsreichsten Kulturverbandes der Alpenrepublik“ (so die „Junge Freiheit“), ist Gertraud Schuller. Diese tritt die Nachfolge von Helmut Kowarik (Mitglied des Witiko-Bundes und der Burschenschaft Aldania) an.

Wiesbaden/Köln - Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Hans-Ludwig Zachert, warnt vor der Militanz der Rechtsextremisten. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (29.1.1996) bewertete Zachert die von Rechtsextremisten ausgehende Gefahr angesichts von 8000 Aktionen dieser im vergangenen Jahr, darunter fremdenfeindliche Straftaten und Aktionen mit menschengefährdenden Handlungen, als auf einem „sehr, sehr hohen Niveau“ liegend. Für Verfassungsschutz-Chef Hansjörg Geiger darf die Bedrohung durch rechtsextremistische Gewalttäter ebenfalls nicht unterschätzt werden. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten stagniere auf dem Niveau von 1991, als die Gewaltwelle mit rund 1500 Taten ihren ersten Höhepunkt erreicht hatte. Geiger sieht allerdings derzeit keinen Anlaß, die Gefahr einer „Braunen Armee Fraktion“ zu beschwören, da es dazu an den logistischen und personellen Voraussetzungen fehle.

Adresse:

Windhuk (Namibia) - Das namibische Obergericht in Windhuk hat ein Strafverfahren wegen Aufstachelung zum Rassenhaß auf August dieses Jahres verurteilt. Eine in Namibia lebende Frau mit deutscher Staatsangehörigkeit hatte in einer namibischen Zeitung eine ganzseitige Anzeige aufgegeben, in der des 7. Todestages von Rudolf Hess im August 1994 gedacht wurde. Hess, so stand es in der Anzeige, sei der „letzte Vertreter eines besseren Deutschlands“ und ein „Märtyrer für den Frieden“. Der ehemalige Chefredakteur des englischsprachigen „Windhuk Advertiser“, der die Anzeige abgedruckt hatte, wurde ebenfalls angeklagt. Unter den Zeugen der Anklage sollen mehrere bekannte deutsche und jüdische Namibier sein.

Wolfurt (Österreich) - Der notorische Neonazi Walter Ochsenberger, (vgl. dazu BNR 15+20/95) wartet seit Beginn dieses Jahres mit einer Neuauflage seiner antisemitischen Hetzpostille „SIEG“ auf. Unter dem Titel „Phoenix“ (Untertitel: „Das Politikmagazin zur Kenntnis unserer Zeit“; Redaktionsadresse: A-Wolfurt; Jahresabo für 6 Ausgaben: 65 DM) ist der vor Jahren eingestellte „Sieg“ neu auferstanden. Ochsenberger schreibt „Zum Geleit“ seines 25 Seiten umfassenden Politikmagazins: „Für uns soll PHOENIX als Symbol der ewigen Erneuerung des deutschen Volkes gelten, als Mythos der Auferstehung deutscher und somit auch europäischer Kultur!“. An seinen Kameradenkreis appellierte Ochsenberger jüngst in einem internen Rundschreiben mit markigen Worten: Zeigt „Zivilcourage“ und fürchtet Euch nicht! Es geht um das Wagnis der Wahrheit und um den Sieg der Freiheit! Medienterroristen haben unserem deutschen Volk die Heimatliebe ausgetrieben. Aber die Lehrmeister des Hasses und der ewigen Rache, die Volksverächter, die wie Würgeengel die ganze deutsche Nation knebeln, werden ihrem verdienten Schicksal nicht entgehen. Wir werden uns befreien und die wahre Demokratie wieder herstellen - so wahr uns Gott helfe!“.